

Beitrag Gedenkveranstaltung 26. Mai 2017 Ev. Kirchentag

Nachdem meine Vorrednerin über die konkreten Einsätze ziviler Seenotrettungsorganisationen, hier am Beispiel der Sea-Watch, berichtet hat, möchte ich jetzt über die Versuche der EU, in vorderster Front steht dabei die Grenzschutzagentur Frontex, berichten, mit denen die Rettungs Einsätze kriminalisiert und behindert werden sollen.

Den Anfang stellt im Dezember 2016 ein vertrauliches Papier von Frontex dar, aus dem in der Financial Times zitiert wird und in dem eine Zusammenarbeit der NGO's mit den Schleppern in Libyen behauptet wird. Dabei werden keinerlei Belege für diesen Vorwurf präsentiert und die Versuche der NGO's, diese Vorwürfe in einem direkten Gespräch mit Frontex mal klären und ausräumen zu können, bleiben bis heute unbeachtet.

Diese mediale Vorlage von Frontex wird vom Chef der Staatsanwaltschaft aus Catania, Carmelo Zuccaro, aufgegriffen, wobei es interessant ist zu wissen, dass Frontex ein Büro in Catania unterhält. Der Staatsanwalt behauptet in immer wieder kehrenden Presseerklärungen die dubiose und unklare Finanzierung der NGO's, und er hat angeblich auch Belege „ dass zwischen einigen NGOs und den Schleusern direkte Kontakte bestanden haben“. Er unterstellt darüber hinaus auch, dass möglicherweise die Schleuser die NGO's finanzieren würden. Er will dies im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens untersuchen lassen. Aber auch er hat bis heute keinerlei Belege geliefert mit denen sich dieser Vorwurf erhärten ließe und Hinweise der NGO's auf ihre transparenten und kontrollierbaren Spendenaufkommen ignoriert er. Gleichzeitig versteigert er sich auch in die Aussage, dass „die NGO's das Ziel verfolgen die italienische Ökonomie zu destabilisieren, um daraus Vorteile zu ziehen“.

Diese andauernde Stimmungsmache in Italien gegen die zivilen Rettungsorganisationen wird von rechten bzw. rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen wie der Lega Nord und der 5-Sterne-Bewegung aufgegriffen, die die NGO-Schiffe als Taxis des Mittelmeeres bezeichnen und ihnen vorwerfen, mit den Schleusern unter einer Decke stecken.

Auf dem Hintergrund dieser medialen Kampagne werden dann Vertreter der NGO's zu Anhörungen vor italienischen Parlamentsausschüssen geladen. Bei der Anhörung vor dem Verteidigungsausschuss am 10. Mai 2017 werden sie dann u.a. mit folgenden Behauptungen und Vorwürfen konfrontiert:

„Sie senden eine Einladung an die Migranten, aber auch an die Schlepper. Unterstützen ihre Arbeit. Begünstigen illegalen Menschenmuggel. Behindern die Arbeit derjenigen, die illegalen Schmuggel bekämpfen.“ „Die extrem hohe Zahl von NGO Booten begünstigt die illegale Einwanderung. Wenn Sie Ihre SAR-Aktivitäten einstellen würden, würde sich die Situation verbessern.“

Die Stellungnahmen der NGO Vertreter finden in den Medien kaum Beachtung, anstatt dessen wird viel über die im Verteidigungsausschuss erhobene Forderung nach dem Einsatz von Polizisten auf den NGO-Schiffen berichtet.

Sowohl die italienische Küstenwache, als auch die Marine und der Geheimdienst dementieren, dass sie irgendwelche Erkenntnisse hätten, die diese Vorwürfe belegen würden, aber das geht im öffentlichen Diskurs unter.

Den aktuellen Gipfel dieser Kampagne bildet der Spendenaufruf der rechten Identitären Bewegung, die Geld sammeln will, um mit einem eigenen Schiff die Rettungsaktivitäten im Mittelmeer zu behindern.

Unausgesprochenes Ziel dieser letztendlich von Frontex initiierten Kampagne ist die Behinderung und Einschränkung ziviler Seenotrettungsaktivitäten in der Hoffnung dass das zunehmende Sterben-Lassen im Mittelmeer, Menschen von der gefährlicher werdenden Überfahrt abschreckt.

Die heutige Gedenkkundgebung ist ein Beitrag damit dieses menschenverachtende Kalkül nicht aufgeht.

Harald Glöde hg@borderline-europe.de